



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

Grand-Rue 27, 1701 Fribourg

T +41 26 305 14 03, F +41 26 305 14 08
www.fr.ch/dsj

An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 4. März 2011

Medienmitteilung

Eröffnung der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Der Staatsrat hat die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe eröffnet. Der Vorentwurf bekräftigt die heutige kantonale Politik in diesem Bereich und entwickelt sie weiter. Die Vernehmlassungsteilnehmer können bis am 16. Mai dazu Stellung nehmen.

Obwohl die internationale Zusammenarbeit zuerst Sache des Bundes ist, setzen sich viele Kantone, insbesondere in der lateinischen Schweiz, für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe ein – so auch der Kanton Freiburg. Im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung beschloss der Staatsrat, die diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken. Die Dachorganisation der Freiburger Hilfswerke, Solidarisches Freiburg, erhielt einen Leistungsauftrag, um Entwicklungsprojekte mit der Unterstützung des Kantons zu betreuen.

Von 2007 bis 2010 war die Staatskanzlei für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig, ab Anfang 2011 ist es die Sicherheits- und Justizdirektion. Im Voranschlag 2011 stehen 170'000 Franken für die Entwicklungszusammenarbeit bereit. Davon gehen im Rahmen des Leistungsauftrages 115'000 Franken an Solidarisches Freiburg. Das IKRK wird traditionell mit 30'000 jährlich unterstützt.

Da die Entwicklungszusammenarbeit eine Querschnittsaufgabe ist, sind auch weitere Direktionen aktiv, wie diejenige für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) oder diejenige der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD). Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) ihrerseits nimmt an einem gemeinsamen Projekt der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) mit vier Kantonen (GE, FR, BE, JU) teil, um das psychiatrische Angebot in Bosnien zu verbessern.

Die humanitäre Hilfe soll laut Vorentwurf Sache der Finanzdirektion (FIND) bleiben. Hier hat der Staatsrat beispielsweise 100'000 Franken für Projekte im Zusammenhang mit den verheerenden Überschwemmungen von Januar 2011 in Nova Friburgo zugesprochen.

Informationen

—
Erwin Jutzet, Präsident des Staatsrates, Sicherheits- und Justizdirektor, T +41 26 305 14 03
Claudine Godat, Kommunikation SJD, M +41 79 789 04 89

Anhang: Die Unterlagen der Vernehmlassung sind abrufbar unter <http://www.fr.ch/cha/de/pub/vernehmlassungen.htm>